

Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz



Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz
Brückenstr. 6, 10179 Berlin

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

I F 13

Bearbeiter/in

Frau Kaschuba

Zimmer

2.004

Telefon

(030) 9028 (Intern: 928) 1708

Telefax

(030) 9028 (Intern: 928) 2059

Datum

31.01.2008

Förderrechtliche Behandlung der Nutzung von nach KHG/LKG geförderten Anlagegütern für Zwecke außerhalb des KHG

Entgelte aus der Nutzung / Mitnutzung / Vermietung / Verpachtung

Rundschreiben an alle geförderten Krankenhäuser des Landes Berlin

Anlage Anlage zum Verwendungsnachweis für pauschale Fördermittel zu Tz. II.6

Sehr geehrte Damen und Herren,

wirtschaftliche Entscheidungen der Krankenhäuser, insbesondere aufgrund von Reduzierungen stationärer Kapazitäten und der Integration mit anderen Versorgungsformen führen dazu, dass die Krankenhäuser zunehmend vorhandene Strukturen auch außerhalb des im Krankenhausplan definierten Versorgungsauftrages nutzen bzw. an Dritte vermieten oder verpachten.

Nutzungsmöglichkeiten bestehen insbesondere wie folgt:

1. Der Gesetzgeber hat im Sozialgesetzbuch V (SGB V) und Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) Rahmenbedingungen für eine sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung geschaffen; mit dem Ziel die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu erhöhen und die Kosten zu senken. Krankenhäuser können in folgenden Fällen als Leistungserbringer an der ambulanten Versorgung teilnehmen:

- Notfälle (§ 76 Abs. 1 Satz 2 SGB V)
- Vor- und nachstationäre Behandlung (§ 115a SGB V)
- Ambulante Operationen (§ 115b SGB V)
- Ermächtigung in unterversorgten Gebieten (§ 116a SGB V)
- im Rahmen von Verträgen zu strukturierten Behandlungsprogrammen (§ 116 b Abs. 1 SGB V)

Dienstgebäude:
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Postanschrift:
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Fahrverbindungen:
- U6 Kochstr., Bus M29
- U8 Moritzplatz, Bus M29
- U2 Spittelmarkt (ca. 10 Min. Fußweg)
- S1, S2, S25 Anhalter Bahnhof, Bus M29
- Bus M29, 248

Zahlungen bitte
bargeldlos nur an die
Landeshauptkasse,
Klosterstr. 59
10179 Berlin

Kontonummer
58-1 00
9 919 260 800
0 990 007 600
10 001 520

Geldinstitut
Postbank Berlin
Berliner Bank AG
Landesbank Berlin
LZB Berlin

Bankleitzahl
100 100 10
100 200 00
100 500 00
100 000 00



E-Mail: Ulla.Kaschuba@senguv.berlin.de

(Der Empfang elektronisch signierter Dokumente ist vorerst nicht möglich.)

Internet: www.berlin.de/sen/guv/

- bei Verträgen über die ambulante Erbringung hochspezialisierter Leistungen sowie zur Behandlung seltener Erkrankungen und Erkrankungen mit besonderen Krankheitsverläufen (§ 116b Abs. 2 ff. SGB V)
- im Rahmen von Verträgen zur integrierten Versorgung nach § 140a ff. SGB V) *des weiteren*
- Hochschulambulanzen nach § 117 SGB V
- psychiatrische Institutsambulanzen nach § 118 SGB V

2. Vermietung/Verpachtung von medizinischen (Laboren, Geräte usw.) und nicht medizinischen Einrichtungen (Küchen, Wäschereien, Apotheken, Kioske, Parkplätze, Außenlagen usw.)

3. Errichtung von Privatkliniken in geförderten Strukturen

4. Versorgung von Patienten außerhalb des GKV-/PKV-Systems (z.B. ausländische Patientinnen/Patienten)

Wettbewerb und Transparenz innerhalb der Europäischen Union

Die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Union fordert, dass Krankenhäuser bei der Erbringung von ambulanten Leistungen keine Wettbewerbsvorteile gegenüber niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten erlangen dürfen.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat in einem Schreiben von 04.07.2007 an die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Verbände der Krankenhausdirektoren auf die Einhaltung der beihilferechtlichen Transparenzregelungen im Zusammenhang mit der Finanzierung Medizinischer Versorgungszentren hingewiesen. Gefordert wird die Kostentransparenz und somit die Abgrenzung zwischen stationärem und ambulanten Sektor sowie die Zahlung von Entgelten an die Krankenhäuser für die Inanspruchnahme von Leistungen des Krankenhauses. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von Räumen und Geräten, die regelmäßig öffentlich gefördert werden. Insofern sind auch Investitionskostenanteile durch die Krankenhäuser - (zunächst) unabhängig einer Rückforderung von Fördermitteln an das Land - den Leistungserbringern in Rechnung zu stellen. Zur Frage der Anpassung der Krankenhausbuchführungsverordnung hat die Bundesregierung der Kommission am 14.05.2007 mitgeteilt, dass eine Änderung der Krankenhausbuchführungsverordnung in dem Zusammenhang nicht notwendig sei, da diese nur Mindestangaben enthält und somit weitergehende Untergliederungen z.B. infolge von EU-Vorgaben möglich sind.

Zur Sicherstellung der geforderten Kostentransparenz muss das Rechnungswesen der Krankenhäuser diesen Sachverhalt berücksichtigen.

Das BMG geht in dem o.g. Schreiben vom 04.07.2007 davon aus, dass die Entgelte für Investitionskostenanteile zurückgefordert oder im stationären Bereich reinvestiert werden.

Regelungen für den Berliner Krankenhaussektor

In der Mitteilung der Bundesregierung an die Kommission vom 14.05.2007 zu -Beihilfen an öffentliche Krankenhäuser im Bereich ambulanter Leistungen - wird auf den entsprechenden anteiligen Rückzahlungsanspruch des Landes hingewiesen. Dieser besteht, soweit der Träger eines Krankenhauses Gebäude und Geräte, die für Zwecke der stationären Versorgung mit öffentlichen Investitionsfördermitteln finanziert worden sind, auch für die ambulante Versorgung nutzt und damit die der Förderung zugrunde liegende Zweckbindung „stationäre Versorgung“ nicht mehr in vollem Umfang gegeben ist.

Von der Wettbewerbskommission der EU wird die Integrationsform der Medizinischen Versorgungszentren beispielhaft erfasst. Die Zweckbindung für nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) geförderte Anlagegüter entfällt auch für die weiteren, beispielhaft unter 1. sowie die unter 2.-4. genannten, Sachverhalte, d.h. auf sämtliche Formen der Leistungserbringung und Nutzung außerhalb der stationären Versorgung entsprechend den Inhalten des Krankenhausplanes.

Die nicht mehr zweckentsprechende Verwendung hat der Fördermittelempfänger zu vertreten. Gemäß § 15 Abs. 3 Landeskrankenhausgesetz (LKG) können Erträge, die aus einer Verwertung der geförderten Anlagegüter erzielt worden sind oder zumutbar hätten erzielt werden können, zurückgefordert werden.

Insofern wird für Berlin geregelt:

1. Das Bundesministerium für Gesundheit fordert in seinem Schreiben vom 04.07.2007, dass für die Inanspruchnahme von Leistungen der Krankenhäuser außerhalb der durch den Versorgungsauftrag des Krankenhausplanes festgelegten Zweckbindung den Leistungserbringern bzw. Nutzern Nutzungsentgelte in Rechnung zu stellen sind. Entgelte aus investiven Anteilen der Nutzung/Mitbenutzung sowie der Vermietung und Verpachtung von mit Fördermitteln finanzierten Investitionen nach § 9 Abs. 1 und 3 KHG sind jährlich durch Sie eigenverantwortlich zu ermitteln, unabhängig davon ob diese von Ihnen tatsächlich erlöst werden. Gleiches gilt für mit Fördermitteln finanzierte Nutzungsentgelte nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG. Die Ermittlung der Entgelte erstreckt sich sowohl auf im laufenden Jahr als auch in der Vergangenheit ausgereichte Fördermittel. Die Entgelte sollen der Refinanzierung im stationären Bereich dienen. Ein Nutzungsanteil unter 10 % galt bisher als förderunschädlich. Diese Auffassung wird angesichts der Bedeutung unter Wettbewerbsaspekten nicht mehr vertreten.

2. Die Entgelte sind grundsätzlich auf der Basis der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter und dem Umfang der nichtstationären Nutzung zu ermitteln und dem Pauschalmittelkonto zuzuführen.

Bei Mietvereinbarungen, die

- für mehrere Anlagegüter mit unterschiedlichen Nutzungsdauern geschlossen worden sind,
 - für nicht ausschließlich aus Fördermitteln finanzierte Anlagegüter
 - die Betriebs- und Investitionskostenanteile nicht getrennt ausweisen
- können die investiven Kostenanteile pauschal ermittelt werden.

3. Die dem Pauschalmittelkonto zuzuführenden Mittel sowie die daraus zu erzielenden Zinsen unterliegen der Zweckbindung der pauschalen Fördermittel.

4. Die Mittel sind in der Anlage zum Verwendungsnachweis zu Tz. II.6 - Sonstige Einnahmen - nachzuweisen (Anlage), erstmals im Verwendungsnachweis 2007 für in 2007 erzielte/erzielbare Entgelte. Sie unterliegen damit der Prüfung der zweckentsprechenden und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel nach § 5 Abs. 3 LKG.

Die vorstehenden Regelungen sollen die wesentlichen praktischen Fälle erfassen und dienen der Vereinfachung des Verfahrens. Der grundsätzliche Rückforderungsanspruch des Landes gemäß § 15 LKG bleibt bestehen.

Dazu anderslautende Regelungen früherer Rundschreiben sind nicht mehr anzuwenden. Die Regelungen zum Verwendungsnachweisverfahren der Rundschreiben vom 18.04.2002 sowie vom 06.08.2002 bleiben unabhängig von diesen Regelungen bestehen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Beglaubigt

Grimm